

Thomas Kaiser

Human Rights Defender
Investigation Division Germany

Menschenrechtsverteidiger

Richard-Wagner-Str. 16
D – 74074 Heilbronn / N
☎ 0 71 31 / 27 92 408
📠 0 71 31 / 27 92 407
📞 0 175 / 64 16 032
✉ h-r-d@tk-hn.de

Thomas Kaiser, Richard-Wagner-Straße 16, D-74074 Heilbronn/N

Der Generalbundesanwalt
beim Bundesgerichtshof
OAR **Lindner**
Brauerstraße 30
D-76135 Karlsruhe

Heilbronn, 22.06.2018

1 AR 787/18

Ihr Schreiben vom 07.06.2018

Strafanzeige gegen Rechtsanwalt **Ulrich Cramer**

Sehr geehrter Herr Oberamtsrichter **Lindner**,

Ihr o.g. Schreiben vom 07.06.2018 ist beim Unterzeichner am 13.06.2018 eingegangen.

Ihr darin enthaltener Vortrag, die oben benannte und mit dem Schreiben des Unterzeichners vom 04.06.2018 vorgebrachte Angelegenheit falle nicht in Ihre Zuständigkeit, verwundert doch sehr. Es stellt sich die Frage, ob Sie das hier bezeichnete Schreiben tatsächlich vollständig gelesen und auch den Sinn davon erfasst haben.

Hier handelt es sich **nicht** um eine banale Rechtsstreitigkeit, welche täglich vor unzähligen Gerichten stattfinden. Vielmehr handelt es sich hierbei um nachweisbare Rechtsbeugungen und Rechtsbrüche, ausgeübt von einer Person, die im Auftrag von rechtsstaatlichen Instanzen gehandelt hat. Damit wurde und wird weiterhin der Staatsschutz eklatant verletzt. Die telefonischen Antworten der Staatsanwaltschaften des Landgerichts München beinhalteten den Hinweis, dass sie dafür nicht zuständig seien, sondern nur der Generalbundesanwalt.

Nun erklären Sie, dass Sie dafür ebenfalls nicht zuständig seien. Dann muss die Frage erlaubt sein, wie Sie sich das denn vorstellen, wenn jede in Frage kommende Instanz ihre Zuständigkeit verweigert. Hat man dann als Bewohner dieses Landes überhaupt noch Möglichkeiten, um sein Recht zu kämpfen, wenn diese sowohl von Amtsgerichten, Landesgerichten und den regionalen Staatsanwaltschaften verweigert werden?

Es geht nicht alleine darum, dass ein Rechtsanwalt, der im Auftrag eines Amtsgerichts hoheitliche und damit amtliche Aufgaben zu erfüllen hatte und sich dabei Drittgelder in beträchtlicher Höhe aneignete, die ihm nicht gehören, sondern auch darum, dass dieser Rechtsanwalt wider besseren Wissens die rechtsstaatliche Hoheit untergräbt, indem er glaubt, Gesetze brechen zu können, wie es ihm gerade passt, ohne befürchten zu müssen, dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Damit gefährdet er den inneren Frieden dieses Landes, weil durch solche Handlungsweisen von Personen mit Amtsbefugnissen die freiheitlich demokratische Grundordnung und das Vertrauen in das Rechtssystem dieses Landes schwer beschädigt werden.

Haben Sie als oberste Strafverfolgungsbehörde dieses Landes nicht die Pflicht, genau dieses mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern?

In Kooperation
mit:



United Nations
Human Rights

Office of the High Commissioner



Human Rights

Gemäß der UN-Resolution
A/RES/53/144 vom
09.12.1998 gelistet in der:



Leitsätze:

Es darf absolut niemandem verwehrt sein, wegen der Herkunft, der Hautfarbe, der Sprache, des Geschlechts, des Glaubens, Wohlstands, Alters, der Meinung und der Orientierung um sein Recht zu kämpfen.

Wer das Recht des Anderen mit Füßen tritt, wird selbst kein Recht erfahren.

Unter Bezugnahme auf das bereits übersandte Schreiben des Unterzeichners vom 04.06.2018 werden Sie als oberste Strafverfolgungsbehörde erneut aufgefordert, ein Ermittlungsverfahren in o.g. Angelegenheit einzuleiten. Wie bereits erwähnt möchte der Unterzeichner über das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens informiert werden.

Dieses Schreiben wird zur Wahrung der freiheitlich demokratischen Grundordnung dieses Landes und in Bezug auf das allgemeine Interesse der Bevölkerung sowie im zulässigen Rahmen der am 25.05.2018 in Kraft getretenen DSGVO öffentlich gemacht.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Kaiser
Menschenrechtsverteidiger

Humanitäre Tätigkeit im Auftrag der international festgelegten Menschenrechte
Gemäß der UN-Resolution A/RES/53/144 vom 09.12.1998

Einlieferungsbeleg
Bitte Beleg gut aufbewahren!

Deutsche Post AG 74072 Heilbronn
85045161 8458 23.06.18 15:06

Sendungsnummer: RR 7889 4239 9DE
Einschreiben Einwurf

Generallandesanwalt

Servicenummer National
0228 4333112
Mo-Fr: 8:00 - 18:00 Uhr

Internet: www.deutschepost.de/briefstatus

Versandschlusszeit überschritten.
Der Transport der Sendung beginnt
am nächsten Werktag.

Vielen Dank für Ihren Besuch.
Ihre Deutsche Post AG

